

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882**

48 (25.2.1882)

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 23. Febr. 26. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß aus dem gestrigen Hauptblatt.)

Nachdem der Berichterstatter Abg. Fischer auf einige Druckfehler im Kommissionsbericht aufmerksam gemacht, ergreift Staatsminister Turban das Wort: Er wolle der Diskussion nur eine kurze Bemerkung vorausschicken. Auf pag. 2 des Kommissionsberichts heiße es: „Die Kommission hält auch jetzt wieder die früher gegebene Erwartung aufrecht, daß noch weitere Ersparnisse in dieser Hinsicht (d. h. an Personal und sonstigem Aufwand), ohne jeden Nachtheil für die einzelnen Verwaltungszweige, für die Folge erzielt werden können.“ Im Hinblick auf die demalsten bestehenden Verhältnisse und auf Grund dessen, was sich voraussichtlich lassen, könne die Großh. Regierung diese Erwartung nicht theilen. Man sei in der Vereinfachung der Organisation des Wasser- und Straßenbauwesens soweit gegangen, als es irgend möglich sei, ja man habe Rücksichten bei Seite gesetzt, die man unter anderen Verhältnissen gerne hätte walten lassen. — Redner ziehe es vor, gleich jetzt auf diese Sachlage hinzuweisen, damit, falls trotz der so bestimmt ausgesprochenen Erwartung der Budgetkommission weitere Vereinfachungen und Ersparnisse unter diesem Titel nicht erfolgten, der Großh. Regierung nicht der Vorwurf gemacht werden könne, als habe sie den seitens des Hohen Hauses ausgesprochenen Wunsch unbeachtet gelassen. Im Uebrigen dürfe man der Großh. Regierung nach ihrem eigenen Vorgehen das Zutrauen schenken, daß sie, wo sich die Möglichkeit, unbeschadet der dienstlichen Interessen weitere Ersparnisse zu machen, darbieten sollte, die Gelegenheit hierzu nicht unbenutzt vorübergehen lassen werde.

Der Berichterstatter Abg. Fischer gibt sich der Hoffnung hin, daß die Großh. Regierung vielleicht doch an der einen oder andern Stelle noch Ersparnisse werde eintreten lassen können.

Der Abg. Flüge ist mit der Aufhebung einer Anzahl von Bezirksstellen nicht einverstanden, glaubt vielmehr, man solle an den Mittelstellen Ersparnisse zu erzielen suchen.

Der Abg. Burg ist der Ansicht, daß die unter § 171 aufgeführten Schiffbrücken über den Rhein unverhältnißmäßig große Unterhaltungskosten beanspruchen. Die Frequenz sei eine ganz unbedeutende und darum könne man ohne jeden Schaden für die betreffende Gegend alle diejenigen Schiffbrücken, die nicht eine Frequenz von 400 bis 500 Personen im Tage hätten, in fliegende Brücken umwandeln. Der Staat würde hiedurch erhebliche Ersparnisse erzielen und Redner sei geneigt, falls er Unterstützung finden sollte, einen diesbezüglichen Antrag einzubringen.

Der Abg. v. Feder hofft, daß dieser Antrag keine Unterstützung finden werde.

Der Berichterstatter Abg. Fischer glaubt, man solle unser Land beglückwünschen, daß es so gute Verbindungen mit dem Nachbarlande habe, und nicht an dieser Position sparen, deren Bewilligung vom größten Vortheil für die ganze Gegend wäre.

Der Abg. Reichert tritt dem Abg. Fischer bei und möchte die Regierung bitten, eher in dieser Hinsicht noch weiter zu gehen.

Der Abg. Bär ist zwar mit dem Abg. Flüge nicht einverstanden, wenn derselbe weitere Ersparnisse bei den Mittelstellen grundsätzlich befürwortet, konstatirt aber, daß auch der Bezirk Bruchsal durch Verminderung der Bezirksstellen schwer geschädigt worden sei.

Der Abg. Strübe fragt bei der Großh. Regierung an, ob die Verhandlungen zwischen Baden und Hessen wegen Herstellung einer Straße nach Brombach zum Abschluß gelangt seien.

Staatsminister Turban: Die bezüglichen Verhandlungen seien bis jetzt noch nicht zum Abschluß gekommen. Ob es möglich sein werde, seitens des Staates einen Beitrag zur Herstellung dieser Straße, die übrigens lediglich ein Gemeindegeweg sei, zu bewilligen, werde davon abhängen, ob die unter der Position „Unterstützung unbedeutender Gemeinden bei Herstellung und Verbesserung von Gemeindegewegen“ bewilligte Summe von 140,000 M. hierzu ausreiche.

B. Wasserbau. 1. Rheinbau. § 175. „Gewöhnliche Unterhaltung und gewöhnliche Neubauten.“

Der Abg. Dietzsch bittet, die Ufer-Schutzbauten am Rheine sofort in Angriff zu nehmen, da einer größeren Zahl von Gemeinden für den Fall von Hochwasser bedeutender Schaden drohe.

Der Abg. Birkenmaier schließt sich dieser Bitte an.

Staatsminister Turban: Es liege in der Absicht der Wasser- und Straßenbau-Verwaltung, diese Arbeiten, sobald die erforderlichen Mittel bewilligt seien, in Angriff zu nehmen.

Der Abg. Schneider bittet um Beschleunigung der Fertigstellung der Denkschrift über die Mittel, welche das Rheinkorrektions-Werk bis zu seiner gänzlichen Vollendung erfordern werde, und hofft, daß dieselbe vielleicht noch diesem Landtage werde vorgelegt werden können.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Schenkel: Die Denkschrift über das Rheinkorrektions-Werk sei bereits so weit ausgearbeitet, daß dieselbe eine Uebersicht gewähre über das, was noch zu thun sei. Es handle sich aber ferner noch darum, in der Denkschrift auch festzustellen, was bereits geschehen sei. Diesem Landtage könne dieselbe daher keinesfalls mehr vorgelegt werden, wohl aber voraussichtlich dem nächsten. — Nicht richtig sei es, wenn der Abg. Schneider behauptete, die unter diesem Titel bewilligten Summen würden lediglich dazu verwendet, um wiederherzustellen, was in den vorangegangenen Jahren beschädigt worden sei; die definitiven Arbeiten seien vielmehr von Jahr zu Jahr vorangeschritten. Die Uferlinie sei bereits vollständig hergestellt und es handle sich nur noch um deren Ausbau. Das ganze Werk solle in Steinbau ausgeführt und in 20 bis 30 Jahren vollendet werden. — Mit Bewilligung dieser Bauten würden die Unterhaltungskosten sehr erheblich geringer.

Der Abg. Nopp ist der Ansicht, daß die Wassernothe gerade von den Rheinkorrekturen herrühre. Diese hätten die Ablagerung von Geschiebe verursacht, welches in bestimmten Gegenden häufig Hochwasser veranlasse. Er glaube, daß man durch baldige Fortsetzung der Rheinkorrekturen, etwa bei Speier, Abhilfe werde schaffen können. — Redner beanstandet weiter, daß man in Bezug auf

Wasserwehr zu große Anforderungen an die Gemeinden stelle. Man möge sie, Gegenstände als Nothwehr-Geräthe anzuschaffen, die jeder Uferbewohner besitze, ja selbst solche, die man bei Wassernothe absolut nicht verwenden könne, so namentlich Segeltücher. Endlich bittet er, den Nachrichten-dienst so einzurichten, daß die an dem Wasser wohnenden Gemeinden direkt von drohendem Hochwasser benachrichtigt würden und nicht erst durch Vermittelung der Bezirksämter.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Schenkel: Die Meinung des Abg. Nopp, als sei das Geschiebe durch die Rheinkorrektur verursacht worden, sei durchaus unrichtig. Dasselbe sei vor der Korrektur dagewesen und werde auch in Zukunft vorhanden sein. Früher habe es sich auf fruchtbaren Feldern abgelagert, heute bleibe es in Folge der Korrekturen im Flußbette. — Ob man die Geradelegung, wie sie der Abg. Nopp wünsche, am bad.-bayrischen Rhein werde fortsetzen können, erscheine dem Redner zweifelhaft, die derzeitige Linie sei als eine endgiltige festgestellt worden, und zwar mit Rücksicht auf die von den weiter unterhalb am Rheine gelegenen Staaten geäußerten Befürchtungen, daß durch weitere Abführung des Wasserlaufs größere Gefahren für sie erwüchsen. — Was die Wasserwehren betreffe, so hätten sich dieselben nach den bisherigen Erfahrungen entschieden bewährt. Während im Jahre 1876 die Dämme an verschiedenen Stellen vom Wasser überstiegen worden seien, hätten die Wasserwehren im Jahre 1881 das Land fast durchweg vor Dammbrochen bewahrt. — Bezüglich der seitens der Ufergemeinden für den Fall der Wassergefahr bereit zu haltenden Gegenstände sei die in der Wasserwehr-Ordnung seitens des früheren Handelsministeriums gegebene Aufzählung entscheidend. Uebrigens verlange man von den betreffenden Gemeinden nur, daß sie die aufgezählten Gegenstände besäßen, bez. sich sofort verschaffen könnten. Auch die Segeltücher seien aus guten Gründen eingeführt worden. — Bezüglich der unmittelbaren Benachrichtigung der Gemeinden von drohendem Hochwasser sei seit 1876 schon vieles geschehen. Im Bezirke Bruchsal sei die direkte Benachrichtigung allerdings zur Zeit des letzten Hochwassers noch nicht eingeführt, auch der Beamte verhindert gewesen, die Gemeinden zu benachrichtigen. Uebrigens hätten die dortigen Gemeinden auch bei früherer Benachrichtigung ihre Ernte nicht mehr retten können, da es bei dem enormen Hochwasser kaum möglich gewesen wäre, über den Rhein zu setzen. Jetzt sei die direkte Benachrichtigung auch in diesem Bezirke eingeführt.

Abg. Friedrich wendet sich zunächst gegen den Abg. Schneider und betont, daß die Kammer auch bisher schon im Besitze von Materialien über die Rheinbauten gewesen sei. — Den Abg. Nopp erinnert er daran, wie der Bezirk Bruchsal vor Allem Veranlassung zur Dankbarkeit habe für das, was bereits in seinem Interesse geschehen sei.

Der Abg. Burg spricht für rasche Vollendung der definitiven Bauten, da die Kosten der Unterhaltung der Provisorien sich wesentlich höher beliefen, als die der Unterhaltung der definitiven Bauten.

Der Abg. Nopp erklärt, er habe der Großh. Regierung keinerlei Vorwurf machen, sondern nur Wünsche aussprechen wollen.

Hierauf schließt die Diskussion.

Aus Joh. F. Hebel's ungedruckten Papieren.

(Nachträge zu seinen Werken, Beiträge zu seiner Charakteristik.)

Herr Stadtpfarrer Längin, dessen Verdienste um die Pflege von Hebel's Gedenkbüchlein in weiten Kreisen gekannt und gewürdigt sind, hat die vaterländische Literatur um ein neues werthvolles Werk bereichert. Das würdig ausgestattete, im Verlag von J. Lang in Tauberbischofsheim erschienene Buch enthält außer einer Anzahl alemannischer und hochdeutscher Gedichte einige Erzählungen im bekannten Ton des Hausfreundes und andere denkwürdige prosaische Aufsätze sowie einige interessante Beiträge zur Biographie und Charakteristik des alemannischen Dichters, darunter sehr bemerkenswerthe Auszüge aus einem Tagebuch, das Hebel über seine Träume führte, einen bereits in der Zeitschrift „Alemannia“ erschienenen Aufsatz „Ein Stammbuch Hebel's“ und einen über den Rätzschel-Wettkampf in Hebel's Karlsruher Freundeskreis. Wie aus dem Vorworte zu ersehen, befanden sich die Manuskripte Hebel's, welche hier erstmals der Öffentlichkeit übergeben werden, im Besitze Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, Höchstwelscher dieselben dem Verfasser zur Durchsicht und Benützung übergab und die Erlaubniß zur Veröffentlichung erteilte.

Unter den alemannischen Dichtungen, die hier zum ersten Mal an's Licht treten, finden sich werthvolle Reliquien, die unverkennbar das Gepräge Hebel'scher Geistes und Gemüthes an sich tragen. Gleich von der ersten, einer poetischen Ansprache an die Fürstin von Fürstberg, geborene Prinzessin von Baden, findet sich der Leser auf's innigste angesprochen. Die kleine prosaische Aufsatz „Als der Bredig bhalte“ ist dem Bedeutendsten und Kunsthigsten an die Seite zu stellen, was uns der unsterbliche Dichter geboten. In der Dichtung „Gephata, thue dich auf“, welche in zwei, theilweise von einander verschiedenen Fassungen des gleichartigen Inhalts eingereiht ist, zeigt uns der alte Hebel, wie er lebt und leidet, so zu sagen eine neue Sichtseite seines Bewusstseins und Dichtens auf. Hier findet sich Erhabenheit mit gemüthvoller schlichter Kindlichkeit in wunderbar ansprechender Weise geeint. Obwohl der Inhalt der beiden Fassungen völlig gleich, weist jede doch wieder eigene, so liebliche Einzelschön-

heiten auf, daß man keine von allen vermiffen möchte. — Die übrigen Alemannica sind anmuthige Gelegenheitsgedichte, Episteln an Freunde in dem bekannten, lebenswürdigen Humor und ein kurzer Reimprosa, der zu Mut und Frommen manch heutzigen Lesers hier wörtlich angeführt sei:

Bald denk, 's ich e böß Bit,  
Und weger 's End ich nimmi wit;  
Bald denk wieder: loß es geh,  
Wann's gnuag ich, wird's scho anderst do.  
Doch wenni näume ane gang  
Und 's tint mer Lied und Vogelgang,  
So meini fast, i hór e Stimm:  
„Bis z'friede: 's ich jo nit so schlamm.“

Es folgen nun eine Anzahl hochdeutscher Gedichte, worin ebenfalls mancherlei Schönes und Sinniges zu finden, und einige Erzählungen und andere kurze Aufsätze, worunter „Der Spaziergang am See“ durch seine Originalität und gemüthlichen Humor besonders anziehend erscheint. Besonders bemerkenswerth in dieser Abtheilung ist das patriotische Mahnwort „An den Vetter“, geschrieben im Januar 1814 um die Zeit des Einrückens der verbündeten Heere unmittelbar nach dem Aufruf zur Bildung des Landsturms, ein Muster- und Meisterstück populärer, auf das Fassungsvermögen der untern Volksschichten eindringlich wirklicher Schreibart ohne alles phrasenhafte Pathos. — Das Gebet zur Eröffnung der Unions-Generalynode vom Jahr 1821 ist ein zum Herzen sprechendes Cabinetsstück schlichter geistlicher Beredsamkeit.

Von psychologischem Interesse ist, was Hebel über seine Träume berichtet. Charakteristisch für das kindliche Gemüth des Dichters ist das öftere Erscheinen seiner früh verlorenen Mutter in denselben noch viele Jahre nach ihrem Tode.

Von speziellem Interesse für uns Karlsruher ist der Abschnitt über den Rätzschel-Wettkampf in Hebel's Karlsruher Freundeskreis. Die Darstellung des geistigen Verkehrs dieser zum Theil hervorragenden Männer, deren Namen, wie Volz, Schridel, Godel, Maler, Morshadt, Herzog, Baer, Reinhard, Peterson, Doll der älteren jetzt lebenden Generation noch frisch im Gedächtnisse sind, bietet ein interessantes Zeit- und Kulturbild inmitten einer Reihe kriegerischer Jahre.

Den zahlreichen Verehrern Hebel's ist in der überaus fleißigen und sorgsamten Arbeit des Herrn Verfassers eine höchst werthvolle, dankenswerthe Gabe geboten, die nicht verfehlen wird, auch in weiteren Kreisen, besonders in Norddeutschland, wo dem größten süddeutschen Dialektdichter ein immer noch zunehmendes Interesse entgegengebracht wird, die verdiente Anerkennung zu finden.

Vom Bäckertische.

Griechenland in Wort und Bild. Eine Schilderung des hellenischen Königreiches von A. v. Schweizer-Lerchenfeld. Mit ca. 200 Illustrationen. In 20 Lieferungen à 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> M. Leipzig, Schmidt u. Günther. Die 4. Lieferung bringt eine Ansicht des heiligen Eleusis (Egina) und die reizende Volkstracht der dortigen Frauen, sodann die Ruinen der Propyläen von Eleusis; ferner ein großes Bild der Ebene von Marathon. An der Hand der meisterhaften Schilderung werden wir geleitet nach Megara, Korinth und Akrokorinth, dem Tempel der Athene bei Korinth; treffliche Illustrationen begleiten den Text.

„Wetterleuchten.“ Der Staatssozialismus und seine Konsequenzen von Dr. Friedrich Locher, Advokat. In Verlage der Trüb'schen Buchhandlung in Jülich. — 1) Vormort. Situation. Die alte und die moderne Wirtschaftslehre. Die Wirtschaft der Zukunft. Auswanderung. Reform des Erbrechts. Chancen. Die Schweiz. 2) Vormort. Zur Reform der Produktionslehre. Reorganisation. Aktiengesellschaften. Eisenbahnen. Fabriken. Staatsbank. Was wird aus den Mittelversonen? Beamtenwahl. Konklusion.

„Unser Vaterland“, in Wort und Bild geschildert von einem Verein der bedeutendsten Schriftsteller und Künstler Deutschlands und Oesterreichs. „Rheinfahrt.“ Von den Quellen des Rheins bis zum Meere. Schilderungen von Karl Stieler, Hans Wachenbushen und F. W. Gadländer. Illustrirt von H. Büttner, W. Diez, F. Keller, L. Kraus, G. Schönleber, L. Gautier u. A. Verlag von Gebr. Köner, Stuttgart. Liefer. 2 enthält: Am Bodensee. Partie aus Bregenz. Lindau. Wapen der Stadt Lindau. Trachten vom Bregenzer Wald. Weg zum Gebhardsberg. Friedrichshafen. Meersburg. Konstanz. Johannes Hüb. Bus auf dem Schitterbaufen (nach einem alten Holzschnitt). Am Hafen von Konstanz. Wapen der Stadt Konstanz. Kaufhaus (Konstanzhaus) in Konstanz. Nach dem Kampf auf der Rheinbrücke in Konstanz. Janaj Freiderr von Wessenberg. Insel Mainau. Arenenberg. Fidenlöcher bei Ueberlingen. Die Reichenau. Blick auf den Hohenau. Rheinfall bei Schaffhausen.

Zu beziehen durch die G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe.

II. Landeskultur und Feldbereinigung. Zu § 185. „Für Kulturverbesserungen“ ergreift der Abg. Fischer das Wort und bittet Großh. Regierung, für die Wasserversorgung der jenseits der Donau gelegenen Gemeinden besorgt sein zu wollen.

Der Abg. Jungmanns unterstützt diese Bitte, indem er es als eine Ehrensache für Baden bezeichnet, hier Abhilfe zu schaffen.

Staatsminister Turban: Die von den beiden Herren Vorrednern berührte Angelegenheit beschäftigt die Großh. Regierung schon lange. — Die Noth sei immer und immer wiederkehrend und man habe erkannt, daß die seitherigen Behelfe nicht genügen, daß eine gründliche Remedur notwendig sei. Das Beispiel des Nachbarstaates Württemberg wirke mächtig und man denke in gleicher Weise vorzugehen, selbstverständlich unter vorwiegender eigener Theilnehmung der Gemeinden. Im Allgemeinen sei aber darauf aufmerksam zu machen, daß zu solch wirksamer Abhilfe ein sehr großer Aufwand und insbesondere ein Staatszuschuß von mehreren 100,000 Mark notwendig sein werde. — Die Großh. Regierung behalte die Angelegenheit unablässig im Auge und hoffe, daß vielleicht die Finanzverhältnisse es gestatten, dem nächsten Landtage eine diesbezügliche Vorlage zu machen.

§ 189. „Bermessung und Kartirung.“ Der Abg. Däublin klagt über die Höhe der Stein-Setzgebühren und fürchtet, daß bei Berechnung derselben bisweilen Unregelmäßigkeiten unterliegen. — Weiter strebt er eine Vereinfachung der Lagerbücher an; namentlich Wegfall der beiden letzten Rubriken: „Eintrag im Grundbuch“ und „Eintrag im Pfandbuch“.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Buchenberger: Es stehe eine durchgreifende Reform des Lagerbuchwesens in Aussicht, welche insbesondere eine einfachere Einrichtung derselben bezwecke. Von einer Aufhebung der Lagerbücher, welche den Beschrieb des Katasterwerks liefern und ein unentbehrliches Nachschlagewerk für Alle bilden, die über die rechtlichen Verhältnisse der Liegenschaften sich unterrichten wollen, könne selbstredend keine Rede sein. Bei der Revision der Lagerbuch-Ordnung werde nun gerade der von dem Abg. Däublin geäußerte Wunsch vorzugsweise Berücksichtigung finden können, doch lasse sich noch nichts Bestimmtes sagen, da die Sache zur Zeit noch von den beteiligten Ministerien berathen werde. — Was die mit dem Steinsetz verbundenen Kosten betreffe, so sei nicht anzunehmen, daß bei Aufrechnung derselben Unregelmäßigkeiten unterlaufen seien, da eine scharfe Kontrolle stattfinde, indem angeordnet sei, daß die Gemeinden keinen Forderungszettel der Geometer zur Anweisung bringen sollten, der nicht seitens der vorgesetzten Behörde geprüft worden sei.

Der Abg. Edelman empfiehlt im Interesse der Erzielung von Ersparnissen die Vereinigung der Güterverzeichnisse mit den Lagerbüchern.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Buchenberger: Es erscheine z. B. eine eingehende Erörterung über die Einrichtung der Lagerbücher nicht wohl thunlich, da dieselbe, wie bereits erwähnt, noch Gegenstand der Berathung der beteiligten Ministerien sei. Er könne nur versichern, daß mit der geplanten Reform vor Allem Ersparnisse erzielt und nebstdem eine handlichere Einrichtung der Lagerbücher herbeigeführt werden solle. Hierbei sei in erster Reihe beabsichtigt, den Güterverzeichnissen eine solche Einrichtung zu geben, daß sie unmittelbar als Konzepte der Lagerbücher dienen könnten.

Der Gesamtantrag des ordentlichen Etats wird hierauf nach den Anträgen der Kommission angenommen. Es folgt B. Außerordentlicher Etat.

#### A. Straßenbau.

Der Abg. Birkenmaier bittet, die Belchen- und Feldberg-Straße, welche beide zu seinem Bedauern nicht in den außerordentlichen Etat aufgenommen worden seien, auszubauen, da ein dringendes Bedürfnis hierfür vorliege. Dies sprächen auch die beiden an den Landtag in dieser Angelegenheit gerichteten Petitionen aus, denen er mit Wohlwollen entgegenzukommen bitte. — Die Budgetkommission habe an der unter § 26 seitens der Großh. Regierung gestellten Anforderung von 500,000 M., den Betrag von 200,000 M. gestrichen und doch glaube er, daß die Großh. Regierung diesen Posten in der Ueberzeugung, einem vorhandenen Bedürfnisse zu genügen, eingestellt habe. Wären zur Zeit der Abfassung des Berichts die beiden Petitionen bereits berathen gewesen, so wäre die Budgetkommission wohl auch zu einer anderen Ansicht gelangt. — Jedenfalls bitte er die Großh. Regierung, jene Straßen zu berücksichtigen.

Abg. Schneider: Der Abg. Birkenmaier irre, wenn er glaube, daß die Budgetkommission in übertriebener Sparsamkeit jene 200,000 M. gestrichen habe, denn gerade die Großh. Regierung habe diesen Posten als einen reduzierbaren bezeichnet.

Abg. Edelman: Es handle sich hier um eine Position von Ausgaben, die in der Gesamtsumme bereits bewilligt seien. Fraglich sei nur, wann diese Verwendungen stattfinden sollten. Nach seiner Ansicht wäre es Sache der Budgetkommission gewesen, zu berücksichtigen, daß sie gerade jetzt im Interesse des Landes handle, wenn sie solche an sich bereits bewilligte Bauten ausführen lasse, denn den Dürftigen werde dadurch Arbeit gegeben und der Staat habe Nutzen durch die Wohlfeilheit der Arbeitslöhne und des Materials. Er werde daher, falls er die nötige Unterstützung finde, den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsforderung unter § 26 stellen.

Staatsminister Turban: Er müsse zunächst als richtig bestätigen, was der Abg. Schneider über die Haltung der Großh. Regierung bei ihrem Zusammentritt mit der Budgetkommission gesagt habe. — Die Großh. Regierung sei genöthigt gewesen, eine Nachtragsforderung von 200,000 M. für Dammbauten einzubringen. Die auf Minderung des

Aufwands hinweisende Lage habe die Großh. Regierung veranlaßt, auf entsprechende Herabsetzung einer andern Position des Budgets bedacht zu sein, und da sie geglaubt habe, gerade hier unter § 26 „für Vervollständigung des Landstraßen-Reges“ die beabsichtigte Minderung eintreten lassen zu können, so habe sie der Budgetkommission gegenüber die von dem Abg. Schneider erwähnte Erklärung abgegeben.

— Es handle sich übrigens keineswegs nur um die Frage, wann diese Straßen gebaut werden sollten, wie der Abg. Edelman glaube, denn die Vorbereitungen seien noch keineswegs vollendet, insbesondere die Verhandlungen über die von den Gemeinden zu leistenden Beiträge noch nicht abgeschlossen. Viele Gemeinden seien theils überhaupt nicht gewillt, theils zur Zeit nicht in der Lage, die erforderlichen Beiträge zu leisten; so lange in dieser Hinsicht das Verlangen des Gesetzes nicht erfüllt werde, müsse der Bau der betreffenden Straßen unterbleiben. Zudem sei ein großer Theil der noch übrigen im Gesetz über die Vervollständigung des Landstraßen-Reges vorgesehenen Straßen nicht so dringender Natur, die nothwendigsten derselben seien bereits gebaut. Sonach seien auf die genannte Position im Laufe dieser Budgetperiode nur die bereits begonnenen Straßen zur Ausführung gebracht worden und solche, bezüglich deren die Verhandlungen mit den Gemeinden bereits abgeschlossen seien. Hierzu würden die 300,000 M. mit Zurechnung der aus der vorigen Budgetperiode noch vorhandenen Kreditreste hinreichen.

Was die von dem Abg. Birkenmaier zur Sprache gebrachten Belchen- und die Feldberg-Straße betreffe, so erfordere die erstere nach dem neuesten Projekt 221,000 M. zur Ausführung, die letztere nahezu 300,000 M. Beide Straßen seien in dem Gesetz über Vervollständigung des Landstraßen-Reges in die zweite Reihe gestellt, sie sollten also nur dann mit Mitteln dieses Gesetzes gebaut werden, wenn entweder nicht alle in die erste Reihe gestellten Straßen zur Ausführung gelangten oder nach Vollendung derselben noch Mittel übrig blieben. So lange nicht feststehe, welche der in erster Reihe aufgeführten Straßen zur Ausführung gelangen, könne man an den Bau der Belchen- und Feldberg-Straße nicht denken. In dieser Periode könne man keinesfalls die Summe von 500,000 M. für diese beiden Straßen verwenden. Ob sich künftig die Verhältnisse besser gestalten, lasse sich nicht voraussagen.

Der Abg. Friderich weist darauf hin, daß für die Bezirke Waldshut und Freiburg sehr erhebliche Summen angelegt seien. Gerade auf den Schwarzwald-Straßen sei der Verkehr minimal und die Kosten für Erstellung der Straßen ungeheuer groß. Er meine, man solle nur das verlangen, was das Bedürfnis des öffentlichen Verkehrs erheische, und stets die Gesamtlage des Staates in's Auge fassen, namentlich dann, wenn man stets auf Ersparnisse dringe, wie die ultramontane Partei.

Der Abg. Dietsche wehrt sich gegen die Behauptung des Abg. Friderich, daß die im Schwarzwald erbauten Straßen zum Theil unnötig seien, und weist darauf hin, daß vielfach die Stämme im Walde verkauft seien, weil man keine Straßen gehabt habe, sie abzuführen.

Der Abg. Blum mahnt, sparsam in neuen Anforderungen zu sein.

Abg. Edelman: An den laufenden und wiederkehrenden Ausgaben solle man sparen, weil diese das Budget dauernd belasteten, nicht an dem außerordentlichen Etat. Zudem müsse man ja die in Rede stehenden Straßen doch bauen, und darum sei es gerade in jetziger Zeit nicht zu billigen, daß man so langsam vorgehe.

Staatsminister Turban: Die in Beilage 4 des Budgets angeführten Straßen seien bereits alle im Bau begriffen und ihrer Vollendung nahe. Der Abg. Edelman betone fortwährend, die in dem Gesetz über die Vervollständigung des Landstraßen-Reges verzeichneten Straßen müßten ja doch einmal gebaut werden, und da sie zur Zeit billiger gebaut werden könnten, so solle man sie jetzt bauen. Der Vorredner aber sei unrichtig, denn das Gesetz verlange nicht unbedingt, daß jene Straßen gebaut werden müßten. Redner müsse nochmals betonen, daß die Bedingungen und Voraussetzungen des Baues bei vielen dieser Straßen, wie er bereits ausgeführt, noch nicht vorlägen. Nach dem Gesetze seien die Gemeinden verpflichtet, zum Bau der Straßen Beiträge zu leisten; falls sie diese Beiträge nicht leisteten, würden die Straßen überhaupt nicht gebaut, beziehungsweise es würde dann wegen der in die zweite Reihe gestellten Straßen zu verhandeln sein.

Der Abg. Kozhirt macht den Abg. Friderich darauf aufmerksam, daß bei Erörterung volkswirtschaftlicher Fragen sachliche Würdigung und Beiseitelegung jedes Parteistandpunktes dringend zu empfehlen sei.

Der Abg. Flügel will wenigstens die Straßen hergestellt wissen, bezüglich deren die Vorverhandlungen mit den Gemeinden bereits abgeschlossen seien.

Nach einer kurzen Bemerkung des Berichterstatters wird zur Berathung des B. Außerordentlichen Etats, A. „Straßenbau“, übergegangen. Zu § 15 „Bregbrücke bei Hammerstein“, deren Nichtgenehmigung seitens der Budgetkommission beantragt wird, erklärt der Berichterstatter Abg. Fischer: Die gemachten eingehenden Erhebungen hätten dargelegt, daß der Aufwand für diese Brücke vorerst noch verschoben werden könne. Nach Mittheilungen aus dem betreffenden Bezirke wolle es beinahe scheinen, als fehle es der Wasser- und Straßenbauinspektion an Beschäftigung und sei deshalb der Bau dieser Brücke in Anregung gebracht worden.

Staatsminister Turban: Bei Unterhaltungen über öffentliche Angelegenheiten draußen im Bezirk werde gar Manches gesprochen, was des Grundes entbehre. Werde eine solche grundlose Bemerkung in das Hohe Haus gebracht, dann sei es Pflicht der Großh. Regierung, dagegen anzutreten. Eben deshalb müsse Redner sich auch gegen die Behauptung des Abg. Fischer verwahren, daß man Straßenbauten ausführe, um die Inspektionen zu be-

schäftigen. Die Regierung habe selbst aus Gründen der Ersparniß viele Bauten zurückgestellt und das Personal reduziert, man könne ihr also doch nicht zutrauen, daß sie um eines so wichtigen Grundes willen, wie er dem Herrn Berichterstatter zugetragen worden, Bauten empfehlen würde. Vielmehr sei die in Rede stehende Brücke seitens der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues auf wiederholte Anfrage als so baufällig geschilbert worden, daß die genannte Behörde keinerlei Verantwortung bezüglich der Sicherheit derselben mehr übernehmen könne. Auch die beteiligten Gemeinden nebst Kreis und Bezirksrath seien amtlich gehört worden und hätten ihre Zustimmung zu dem Bau der Brücke erklärt.

B. Wasserbau. Abg. Reichert: Er erkenne dankbar an, daß die Großh. Regierung nachträglich 200,000 M. für Schutzbauten angesetzt habe. Unter den Gemeinden, welche dringend der Hilfe bedürften, befände sich vor Allem die Gemeinde Söllingen, die durch die Ueberschwemmungen an Feldern und Gebäuden großen Schaden erlitten habe. Gerade die Rheinkorrekturen hätten diese Gemeinde in die schlimme Lage gebracht, daß sie nunmehr plötzlichen Ueberschwemmungen ausgesetzt sei. — Er bitte um baldige Vornahme der Dammbauten zum Schutz der Gemeinde Söllingen, auch schon aus dem Grunde, weil hiedurch den Bewohnern eine Quelle des Verdienstes eröffnet würde.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Schenk: Er könne im Wesentlichen das, was der Abg. Reichert gesagt habe, bestätigen. Die Gemeinde Söllingen sei theilweise heute noch ohne Schutz, doch sei nicht richtig, daß die Rheinkorrektur die Wassernoth herbeigeführt habe. — Wenn man alle Schutzdämme, die zur Zeit überhaupt gewünscht werden, aufzuführen wollte, so hätte man etwa 400,000 M. auszugeben; es müsse daher eine Auswahl nach der Größe und Dringlichkeit des Bedürfnisses getroffen werden. Ob dabei Söllingen Berücksichtigung finden könne, sei insofern nicht sicher, als es sich hier um eine relativ kleine Fläche und dazu nur um ein Provisorium handle.

Die Abgg. Maurer und Kern bitten um Schutzdämme zu Gunsten der Gemeinde Kappel am Rhein.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Schenk: Er müsse auf die Bitte der beiden Herren Vorredner wiederholen, was er bereits dem Abg. Reichert erklärt habe. Auch die Gemeinde Kappel sei in das Verzeichniß der eventuell zu schützenden Gemeinden aufgenommen.

Zu § 36: „Für Herstellung der neuen topographischen Karte“, fragt der Abg. Strübe bei der Großh. Regierung an, ob auch die geologische Aufnahme des Landes in's Auge gefaßt sei.

Staatsminister Turban: Das Hohe Haus werde sich wohl entsinnen, daß früher jeweils auch eine Summe für die geologische Aufnahme des Landes im Budget erdienen sei. Man habe diese Forderung vorerst fallen lassen, da die geologischen Arbeiten, um die es sich hier handle, ein geologisches Institut erheischen, dessen Unterhaltungskosten sich jährlich auf 15,000 bis 20,000 M. belaufen würden. Mit einer solchen Anforderung habe die Großh. Regierung zur Zeit nicht vor die Stände treten wollen. Wohl aber werde sie der Frage wieder näher treten, wenn erst die topographische Karte ihrer Vollendung nahe sei, und der beträchtliche Aufwand, welchen diese Grundlage der geologischen Darstellungen erheische, aus dem Budget verschwinde.

Die Kreditreste von 1878/79 und 1880/81 werden dem Antrag der Budgetkommission gemäß aufrechterhalten.

B. Cinnahmen. Zu § 3 im außerordentlichen Etat „Erlös aus topographischen Karten“, bittet der Abg. v. Gleichenstein um Herabsetzung des Preises der einzelnen Blätter der topographischen Karten im Interesse ihrer Verbreitung.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Buchenberger: Dem Wunsche des Herrn Vorredners werde wohl dadurch entsprochen, daß man, wie bereits projektiert, eine billigere Handausgabe veranstalte, deren Preis auf etwa 1 M. 50 Pf. per Blatt werde zu stehen kommen.

Zu C. Cinnahmen aus den Restkrediten der Etatsperioden 1878/79 und 1880/81 wird der Antrag der Budgetkommission auf Genehmigung zur Erhebung dieser Restbeträge angenommen.

Hierauf Schluß der Sitzung.

#### Geographische Gesellschaft.

Carlruhe, 24. Febr. In der Sitzung vom 11. d. M. erstattete zunächst Hr. Senatspräsident Wielandt Bericht über eine selten weitläufige Ausflucht von den Hornisgründen, welche die oft bezweifelte Thatsache, daß man die Alpen auch vom nördlichen Schwarzwald erblicken könne, bestätigt. Sie wurden mit aller Bestimmtheit am 25. Dezember vorigen Jahres vom Seehof, am 15., 21., 22. Januar und am 5. Februar d. J. von den Hornisgründen aus nach mehrseitigen zuverlässigen Mittheilungen gesehen. Namentlich am 15. Januar war die Aussicht von letzterem Punkte aus eine äußerst klare, sobald der Nebel in der Höhe zwischen 560 und 800 m durchschritten, als gleichmäßig ebene Schicht zu Füßen der Bescherer lag; in der Nähe die tannendunkeln Köpfe des Schwarzwaldes, über das Nebelmeer hinaus westlich der oberste Kamm der Goggen, östlich und südlich die Schwäbische Alb, südlich in weitem Umkreise die holzigen Zinnen der Alpen, von denen einzelne Haupter bestimmt werden konnten, wie im Osten der Säntis mit dem Altmann, der Glarisch, Töbi und neben den in hellem Blau grau scharf abgegrenzt gegenüberliegenden Urnerbergen der Titlis, dann unter anderen die schöne Pyramide des Schredhorn und neben ihr mit dem feilen Abstieg nach Osten die schroffe Spitze des Finsteraarhorns. Auch östlich vom Säntis glänzte noch (wohl in Vorderberg) eine helle Wand, von der links die Berge sich verloren; westlich vom Finsteraarhorn waren die Berge weniger bestimmt erkennbar. In der Richtung der Gemmi lagerte die hohe Wölbung des Feldberges vor. Endlich im fernsten Südwest zeigte sich, nur niedrig scheinend, ein durchaus weißer, rund gewölbter Berg, dessen westlicher Abfall von der Sonne blendend beschienen war, links von ihm, offenbar viel näher, ein schönes Doppelhorn, rechts, ebenso in größerer



